

16. Sachsen-Anhalt für eine queere Vielfalt international

Sachsen-Anhalt unterhält eine Vielzahl an internationalen Beziehungen und Landespartnerschaften und fördert entwicklungspolitische Projekte. Die Landesregierung empfängt auch internationale Gäste und Delegationen - auch aus Staaten, in denen Homosexualität kriminalisiert ist und LSBTIQ* geächtet und verfolgt werden. Diese Besuche, die Partnerschafts- und entwicklungspolitischen Projekte bieten Gelegenheit, die Menschenrechte von LSBTIQ* anzusprechen und deutlich zu machen, dass der Schutz von Minderheiten zu den demokratischen Grundwerten gehört. Im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit kann das Thema Menschenrechte von LSBTIQ* als Querschnittsthema in die Projektförderung integriert werden. Werden LSBTIQ* in Partnerländern verfolgt und bedroht, müssen Grenzen aufgezeigt werden. Die Landesregierung könnte bestehende Partnerschaften nutzen, um in den Regionen Initiativen und Projekte zu unterstützen, die sich international für ein vielfältiges, friedliches Miteinander einsetzen u. LSBTIQ* stärken.

Frage 16.1 Bei internationalen Beziehungen für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt werben					
Beabsichtigen Sie, innerhalb der bestehenden internationalen Beziehungen für die Akzeptanz der Vielfalt von sexuellen und geschlechtlichen Lebensweisen zu werben? Wenn ja, wie?					
CDU	SPD	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	FDP	AfD
Keine konkrete Antwort	Die Bewerbung derartiger Initiativen obliegt in der Regel dem Auswärtigen Amt. Insofern hier für uns Handlungsoptionen bestehen, werden wir sie gerne in unsere Arbeit mit einbeziehen.	Bei Delegationsreisen wollen wir stets darauf verweisen, dass Menschenrechte und Demokratie für uns nicht verhandelbar sind. Die Partnerschaften und der wechselseitige Austausch mit anderen Regionen soll jedoch nicht nur seitens der Landesregierung und -verwaltung stattfinden, sondern auch auf kommunaler Ebene intensiviert werden. Außerdem betrachten wir den zivilgesellschaftlichen Dialog als wichtige Grundlage für gute inner-, aber auch außereuropäische Zusammenarbeit. In diesen wollen wir Schulen, Berufsverbände, Religionsgemeinschaften, lokale Bürger*inneninitiativen, Vereine, NGOs und andere zivilgesellschaftliche Akteure einbinden.	Die Außenpolitik und Entwicklungszusammenarbeit von Deutschland und der EU sollte sich im Hinblick auf die Emanzipation von LSBTIQ* an den Yogyakarta-Kriterien orientieren. Eine verstärkte Verzahnung mit der Hirschfeld-Eddy-Stiftung ist hier aus Sicht der LINKEN geboten. Es muss darauf hingewirkt werden, dass die Kriminalisierung von LSBTIQ* in allen Staaten der Erde abgeschafft wird.	Freiheit ist kein Egoismus. Niemand kann sie für sich allein beanspruchen. Sie ist ein Ordnungsprinzip für alle, das nicht an Grenzen halt macht. Daher verfolgen wir Freie Demokraten das Ziel, Freiheit und Menschenrechte weltweit zu stärken. Die Außenpolitik ist Angelegenheit des Bundes. Wir freuen uns, dass die Freien Demokraten im Deutschen Bundestag gefordert haben Hilfszahlungen an Länder zu überprüfen oder gar zu streichen, wenn diese Strafverschärfungen gegen Lesben, Schwule und andere Minderheiten einführen. Auch soll überprüft werden, ob die Zusammenarbeit mit staatlichen Einrichtungen in LGBT* feindlichen Ländern beendet werden müsse. Auch sollen NGOs in Partnerländern finanziell unterstützt werden, die sich für diskriminierte queere Personen einsetzen.	Nein, wir respektieren fremde Kulturen in ihrer Eigenart und wollen uns nicht in die inneren Angelegenheiten fremder Staaten einmischen.

Frage 16.2 Thema LSBTIQ* als Querschnittsaufgabe in die Entwicklungszusammenarbeit integrieren

Beabsichtigen Sie das Thema LSBTIQ* auch in den Arbeitsbereich des für Entwicklungszusammenarbeit zuständigen Ministeriums für Wissenschaft und Wirtschaft zu etablieren und es als Querschnittsaufgabe in allen Bereichen der bestehenden internationalen Beziehungen mitzudenken? Wenn ja, welche konkreten Vorschläge haben Sie dazu?

CDU	SPD	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	FDP	AfD
Keine konkrete Antwort	Bei der Entwicklung der EZ-Leitlinien wurde in der Vergangenheit auch auf die Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure geachtet, in der nächsten Fortschreibung wollen wir dabei auch auf einen Einbezug der LSBTIQ*-Verbände beachten.	Ja, und zwar als Ziel im LSBTIQ*-Aktionsprogramm. Denn in vielen Teilen der Welt werden LSBTIQ* diskriminiert, verfolgt und mit dem Tode bedroht. LSBTIQ*-Rechte sind Menschenrechte und Entwicklungszusammenarbeit muss immer auch die Menschenrechte im jeweiligen Partnerland im Blick haben und fördern. Bei Wirtschaftsdelegationen der Landesregierung müssen Menschenrechtsthemen ebenso angesprochen werden.	Das Thema LSBTIQ* ist für die Entwicklungszusammenarbeit wichtig und sollte unbedingt Querschnittsthema in dem zuständigen Ministerium für Wirtschaft und Wissenschaft sein. Bei der Aufnahme von Gesprächen und der Verstärkung der Zusammenarbeit mit anderen Ländern im Wissenschafts- und Wirtschaftsbereich ist auch immer die Diskriminierung von LSBTIQ* zu thematisieren. Zudem ist die Sensibilisierung der Mitarbeiter*innen in diesem Bereich unbedingt geboten.	Siehe Antwort 16.1	Nein.

Frage 16.3 Leitlinien zur Entwicklungszusammenarbeit LSBTIQ*-inklusiv gestalten

Die Leitlinien zur Entwicklungszusammenarbeit des Landes Sachsen-Anhalt wurden mit Beschluss der Landesregierung vom 12. März 2019 geändert. Die Lebenssituation von LSBTIQ*-Menschen ist darin in keiner Weise berücksichtigt. Werden Sie sich dafür stark machen, dass diese Leitlinien zur Entwicklungszusammenarbeit des Landes Sachsen-Anhalt in der kommenden Legislaturperiode LSBTIQ*-inklusiv gestaltet werden?

CDU	SPD	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	FDP	AfD
Keine konkrete Antwort	Die Leitlinien sind bereits jetzt Querschnittsaufgabe der Landesregierung, sodass die Aufnahme von LSBTIQ*-inklusiven Inhalten sich auch auf andere Fachbereiche abseits des Wirtschaftsministeriums erstrecken wird.	Wir begreifen LSBTIQ*-Politik als Querschnittsthema, welches alle Teile des Lebens betrifft. Deshalb muss dieses Querschnittsthema in jedem Ministerium eine Rolle spielen und mitgedacht werden. Die Leitlinien zur Entwicklungszusammenarbeit müssen demzufolge LSBTIQ*-inklusiv gestaltet werden. Wir streben eine Überprüfung und Aktualisierung an.	Ja, DIE LINKE wird sich in der kommenden Legislaturperiode dafür einsetzen, dass die Leitlinien zur Entwicklungszusammenarbeit des Landes Sachsen-Anhalt LSBTIQ*-inklusiv gestaltet werden.	Keine konkrete Antwort	Nein.

Frage 16.4 Für die Einhaltung LSBTIQ*-Menschenrechte bei Partnerstädten und Partnergemeinden von Sachsen-Anhalts Kommunen werben

Wie wollen Sie zukünftig mit Partnerstädten und Partnergemeinden von Sachsen-Anhalt und/oder seiner Kommunen umgehen, die offen gegen Homosexuelle sowie trans*- und intergeschlechtliche Menschen hetzen und Menschen kriminalisieren, die gleichgeschlechtlich lieben?

CDU	SPD	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	FDP	AfD
Keine konkrete Antwort	Das Thema obliegt in erster Linie die Kommunen selbst. Wir gehen davon aus, dass unsere örtlichen SPD-Kommunalvertreter und SPD-Gliederungen Vorwürfen dieser Art im Sinne des gemeinsamen Engagements gegen jede Art der Diskriminierung nachgehen und unterstützen sie wo möglich dabei.	Die Erklärungen polnischer Partnerstädte und -gemeinden zu „LSBTIQ*-freien Zonen“ haben uns tief erschüttert. Diesen Einschüchterungsversuchen treten wir entschieden entgegen. Gemeinsam mit Schulen, Berufsverbänden, Religionsgemeinschaften, lokale Bürger*innen-initiativen, Vereinen, NGOs und andere zivilgesellschaftliche Akteuren wollen wir in Dialog über gemeinsame europäische Werte treten, zu denen unserer Meinung nach auch Würde, Respekt und Schutz von Minderheiten zählen. Betroffenen LSBTIQ* wollen wir Schutz bieten. Entsprechende Initiativen wurden auf kommunaler Ebene bereits von einigen Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebracht. Dementsprechend verhalten wir uns auch gegenüber anderen Partnerstädten, -gemeinden und -regionen, die Hass und Hetze gegen Minderheiten verbreiten und diese kriminalisieren.	In diesem Fall ist es mit Sicherheit angeraten, in einen offenen Austausch zu treten, um eventuell gemeinsame Zielvereinbarungen, Richtlinien oder Programme auf den Weg zu bringen, die die Akzeptanz von LSBTIQ* fördern, für ihre Anliegen sensibilisieren und aufklären. Der Diskurs und das Bemühen um Verständigung sollten immer an erster Stelle stehen, gerade wenn es um so wichtige Themen und Inhalte geht.	Über die Beziehung zu ihren Partnerstädten entscheiden die Kommunen selber. Hier würden wir es begrüßen, wenn die Kommunen ihre Partnerschaft dazu nutzen	Wir respektieren fremde Kulturen in ihrer Eigenart und wollen uns nicht in die inneren Angelegenheiten fremder Staaten einmischen.